

Sabine Kurtenbach * Beitrag AK Theorie in der AFK

Befriedung glocal – was geschieht an der Schnittstelle zwischen liberalem Paradigma und lokalen Gegebenheiten?

First Draft – bitte nicht ohne Rücksprache weitergeben oder zitieren

Kommentare an skurtenbach@inef.uni-due.de oder kurtenbach@public.uni-hamburg.de

Demokratisierung der politischen Herrschaft und marktwirtschaftliche Öffnung sind die zentralen Grundpfeiler des „liberalen Paradigmas“ in der internationalen Politik. Verschiedene Akteure der internationalen Gemeinschaft fördern dies weltweit mit dem Argument, es handle sich hier um notwendige Grundlagen von Entwicklung und Frieden. In der Praxis zeigt sich allerdings nicht nur in Afghanistan und dem Irak, sondern auch in Afrika, Asien und Lateinamerika, dass diese Strategie – zumindest kurzfristig – vielfach zu massiven Konflikten führt, die mitunter auch gewaltsam ausgetragen werden. Der empirische Befund in bezug auf die Gewaltsamkeit und die Frage der Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften ist aber keineswegs einheitlich, sondern innerhalb und zwischen den verschiedenen Weltregionen sehr unterschiedlich. Neben den vielbeachteten Problemfällen und dem Rückfall in den offenen Krieg, gibt es auch zahlreiche Gesellschaften, die mit den Herausforderungen der Nachkriegszeit besser zu Recht kommen als andere. Es stellt sich mithin die Frage, wie sich diese Unterschiede der Gewaltsamkeit erklären lassen. Die Debatte hierüber hat sich bisher überwiegend auf die Frage des Rückfalls in den Krieg, neuerdings verstärkt mit sog. Spoilern beschäftigt, darüber hinausgehende Fragen der Gewaltkontrolle aber kaum systematisch untersucht.¹ Notwendig ist deshalb die Erweiterung der Perspektive über die direkten Kriegsbeteiligten hinaus, auf die gesellschaftliche Ebene, um auch andere Gewaltphänomene in die Analyse einbeziehen zu können.

Dazu ist es notwendig auf die Mesoebene zu fokussieren, auf der globale Herausforderungen und lokale Gegebenheiten zusammentreffen. Auf dieser Ebene kann forschungsstrategisch der Versuch unternommen werden, über die Einzelfallbetrachtung hinauszukommen und grundlegende Fragen der Gewaltkontrolle unter globalisierten Bedingungen vergleichbar zu machen. Hierzu wird im Folgenden (Kapitel 1) ein Analyserahmen vorgestellt, der Nachkriegsgesellschaften im doppelten Spannungsfeld zwischen globalen Herausforderungen und gesellschaftlichen Grundlagen einerseits, den Dynamiken von Krieg und Befriedung andererseits als spezifischen sozialen Raum konstruiert. Dieser Ansatz integriert kulturwissenschaftliche und anthropologische Fragestellungen systematisch, sowohl bei der Analyse der historischen, kulturellen und sozio-ökonomischen Grundlagen, auf die die Forderungen externer Akteure in

¹ Vgl. hierzu die Arbeiten von Snyder 1997, Walter 2002, Schneckener 2003, Ausnahmen sind die Studien von John Darby (2001, 2006), die aber die Folgen von Gewalt für Friedensprozesse und Wiederaufbau in den Mittelpunkt der Analyse stellen.

den verschiedenen Gesellschaften treffen, als auch bei der Analyse der Dynamik von Krieg und Gewalt.

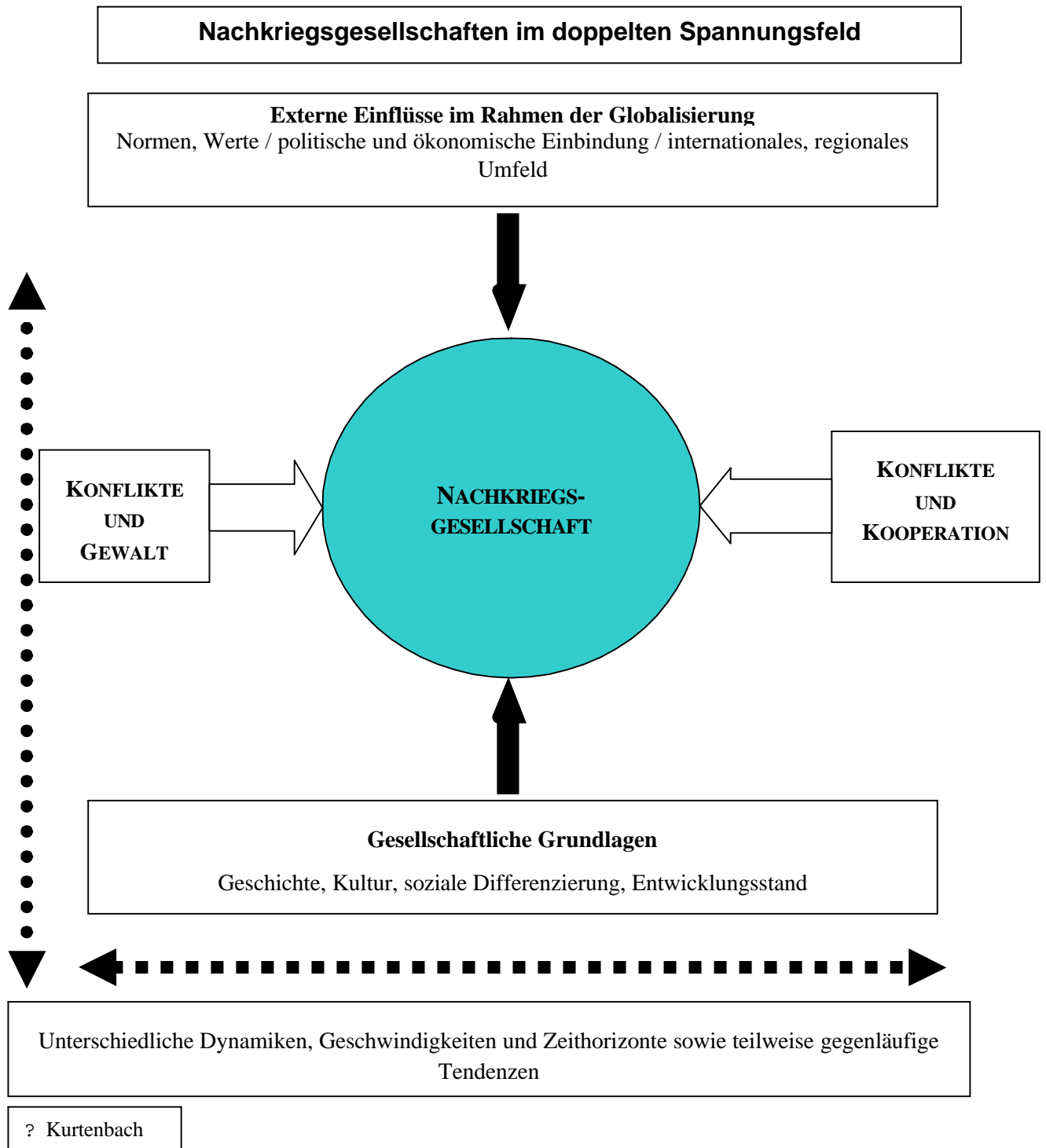
Das zweite Kapitel gliedert sich in drei Schritte: Im ersten Abschnitt werden die für die Frage der Gewaltsamkeit und Gewaltkontrolle zentralen Elemente der politischen, wirtschaftlichen und symbolischen Ordnung kurz dargestellt. Im Mittelpunkt steht hierbei der Versuch, diese so zu systematisieren, dass sie einem interregionalen und interkulturellen Vergleich zugänglich werden. Im zweiten Abschnitt werden dann diejenigen Elemente vorgestellt, die für die Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft zentral sind. Im dritten Abschnitt gilt es dann nach den Auswirkungen von Krieg und Gewalt auf diese drei Ordnungen zu fragen.

Im dritten Kapitel wird dann abschließend der Versuch unternommen aus den hier vorgestellten Überlegungen heraus und vor dem Hintergrund der Einbeziehung empirisch zu beobachtender Problemlagen unterschiedliche Möglichkeiten der Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften zu entwickeln.

1. Nachkriegsgesellschaften als spezifischer sozialer Raum – ein Analyserahmen

Für die Analyse der hier angesprochenen Komplexität gibt es bisher kein Konzept, vielmehr dominieren Ansätze mit sehr unterschiedlichen Fokussierungen (auf einzelne Akteure, Strukturen, Prozesse oder spezifische Problemlagen). Dies greift aber zu kurz, weil nachhaltige Entwicklung ebenso wie dauerhafte Befriedung und Demokratisierung auf die gesellschaftliche Verankerung der damit verbundenen Normen, Werte und Handlungsmuster angewiesen sind. Deshalb ist es zwingend notwendig für die Analyse die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu nehmen, weil nur so die unterschiedlichen Wechselwirkungen sowie die Potentiale und Blockaden einzelner Teilprozesse einbezogen werden können.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig einen komplexeren Ansatz zur Erklärung der bei der Transformation entstehenden Problemlagen zu entwickeln. Im Folgenden geschieht dies durch die Konstruktion eines doppelten Spannungsfeldes, in dem Akteure und Strukturen von Transformationsgesellschaften positioniert sind. Die folgende Grafik veranschaulicht dies.



Das erste, vertikale Spannungsfeld bezieht sich vor allem auf die Strukturen der Gesellschaften. Es wird von den internen gesellschaftlichen Grundlagen (u.a. Entwicklungsstand, historische und kulturelle Faktoren) einerseits und den Anforderungen und Gegebenheiten der Globalisierung andererseits bestimmt. In welcher Form diese Strukturen aufeinandertreffen (ob sie kompatibel oder inkompatibel sind, wie sie sich aneinander anpassen etc.) ist entscheidend

dafür, wie externe Einflüsse auf die Transformation verarbeitet und angenommen werden und wie nachhaltig die damit einhergehenden Veränderungen sind.

Das zweite, horizontale Spannungsfeld umreißt die Auseinandersetzung zwischen denjenigen Akteuren und Strukturen, die sozialen Wandel und Reformen blockieren oder vorantreiben, sowie zwischen denjenigen, die ihre Ziele und Interessen gewaltsam oder friedlich durchsetzen. Auch dieses Spannungsfeld wirkt unter Umständen strukturbildend (z.B. durch langanhaltende und sehr gewalttätige Konflikte), ist aber insbesondere für Handlungsoptionen, Perzeptionen und Verhaltensweise der Akteure maßgeblich. Hier spielen die mit den Veränderungen zusammenhängenden Konflikte (wer gewinnt, wer verliert) und die Frage, wie sie bearbeitet und geregelt werden (kooperativ oder exklusiv) eine zentrale Rolle.

Beide Spannungsfelder weisen unterschiedliche Zeithorizonte und Geschwindigkeiten auf. Es handelt sich hierbei nicht um ein normatives Modell, sondern um die Systematisierung ambivalenter Einflussfaktoren.

Die Herausforderung für die Theorie besteht nun darin, auf dieser Mesoebene des sozialen gesellschaftlichen Raums Vergleichsmaßstäbe für den Kontext unterschiedlicher Realitäten zu entwickeln. Im Folgenden wird dies mit Fokussierung auf Nachkriegsgesellschaften versucht, weil dort die konstatierten Problemlagen am prägnantesten hervortreten. Das Konzept des doppelten Spannungsfeldes vermittelt eine systemische Sichtweise auf die Prozesse, die weder Linearität noch Kausalität unterstellt, sondern die Wechselwirkungen zwischen den vier Einflussgrößen ins Zentrum der Analyse stellt.

Wie lassen sich die mit diesen sehr komplexen Problemlagen verbundenen Prozesse vergleichend untersuchen? Die folgenden Überlegungen hierzu orientieren sich konzeptionell an den Arbeiten von Pierson (2004), der auf die Bedeutung von zwei in diesem Kontext zentralen Faktoren in der sozialwissenschaftlichen Analyse hinweist:

Erstens den Faktor Zeit: Soziale Prozesse und Arrangements entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern wachsen und verändern sich in längeren historischen Zeiträumen, auch wenn es plötzliche Veränderungen (z.B. Revolutionen) geben kann. Es geht mithin um eine Prozessanalyse der zu untersuchenden Entwicklungen.

Zweitens die Möglichkeit sich selbst verstärkender Effekte und der Pfadabhängigkeit von bestimmten Entwicklungen. Für Nachkriegsgesellschaften stellt sich hier insbesondere die Frage, wie Pfadabhängigkeiten überwunden oder aufgebrochen werden können, damit die Transformation nicht auf der Ebene einer Anpassung der Oberfläche hängen bleibt, während die „Tiefenstrukturen“ weiterhin von gewaltförmigen oder exklusiven Machtverhältnissen bestimmt bleiben.

Beide Faktoren sind zentral bei der Analyse von gesellschaftlichen Transformationsprozessen, weil bestehende institutionelle oder auch kulturelle Arrangements unter Umständen besser oder schlechter für die Transformation geeignet sind, so dass entweder sich selbst verstärkende Dynamiken oder aber grundlegende Blockaden entstehen. Hierfür gilt es auf dem Hintergrund der Debatten um Transformation und Befriedung Typologien und Muster zu identifizieren, die den Vergleich über den spezifischen regionalen und kulturellen Kontext hinaus erlauben.

Unter der Perspektive Pfadabhängiger Entwicklungen unterstellt das Liberale Peace-building Paradigma, das Ende eines Kriegs sei eine „kritische Konjunktur“ für den dreifachen Transformationsprozess. Die entscheidende Frage ist aber, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen, die Beendigung eines Kriegs dazu führt, dass die für eine erfolgreiche Transformation zentralen „Schlüsselvariablen“ aktiviert bzw. die notwendigen Erfolgsbedingungen gegeben sind, oder ob es zur Verfestigung von Blockaden und/oder der Entstehung mehr oder minder stabiler hybrider Ordnungen kommt.

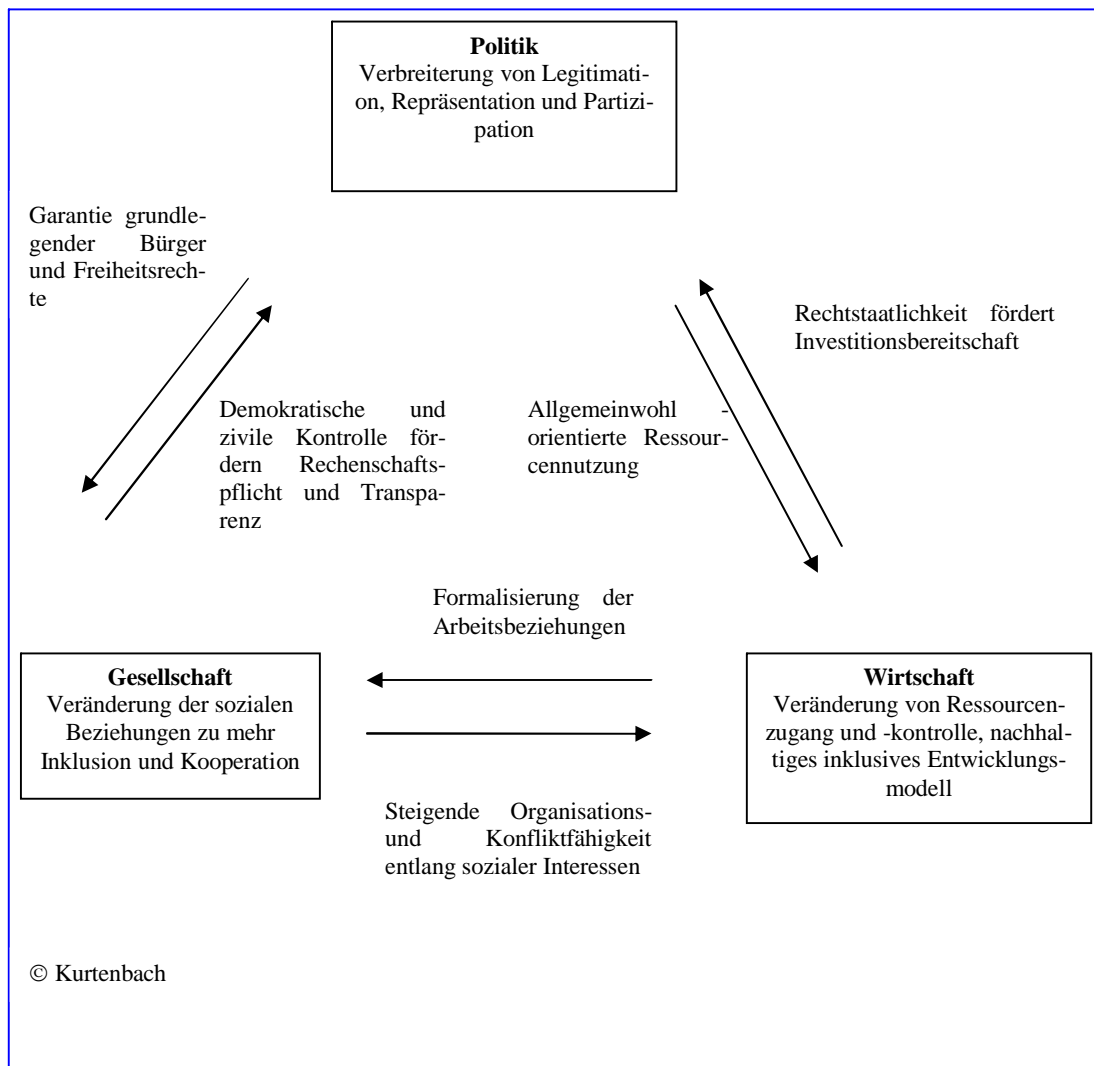
2. Die Grundelemente gesellschaftlicher Ordnung

Entwicklung und sozialer Wandel wirken auf drei zentrale Kontextfaktoren ein und verändern sie: das politische Regime, die Wirtschaftsordnung bzw. den Zugang und die Nutzung zu wirtschaftlichen Ressourcen sowie die symbolische Ordnung einer Gesellschaft.² Auch Gewalt und Krieg sowie Prozesse zu deren Einhegung und/oder Beendigung wirken auf diese Ordnungen zurück. Die unterschiedlichen Akteure des internationalen Systems setzen zur Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften auf das liberale Paradigma (Paris 2004), das auf der Annahme eines positiven Zusammenhangs zwischen Demokratie, marktwirtschaftlicher Ökonomie und Befriedung basiert, wie sie in zivilisations- und modernisierungstheoretischen Theorien begründet werden. Unterstellt wird ein sich gegenseitig verstärkender Prozess der Verrechtlichung, demokratischen Kontrolle, Transparenz und Rechenschaftspflicht, eine wachsende soziale Organisations- und Konfliktfähigkeit, sowie eine marktwirtschaftlichen Entwicklung, die diesen Prozessen eine soziale Basis gibt (vgl. Grafik).

Der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Feststellung, dass die mit der Globalisierung verbundenen Prozesse zwar einen gemeinsamen Rahmen für Entwicklung und sozialen Wandel darstellen, d.h. im Konstrukt des doppelten Spannungsfeldes wirken aus dem globalen Umfeld Einflüsse auf die Transformationsgesellschaften ein, die zu einer Vereinheitlichung, aber eben nicht zu einer Homogenisierung beitragen. Beispiele hierfür sind die Durchsetzung internationaler Normen und Werte (z.B. im Bereich der Menschenrechte und Menschenrechtskonventionen), die Logik marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und die Forderung nach demokratischer Legitimation der politischen Regime. Die klassische Modernisierungstheorie ging davon aus, dass diese Prozesse weltweit zu mehr oder minder zu ähnlichen Ergebnissen führen – etwa der Entstehung von Unternehmern, an Interessen orientierten politischen Parteien etc. Die empirische Realität zeigt aber eine Vielfalt an Hybridformen auf, was sich im Falle des politischen Regimes in den verschiedenen Varianten der „Adjektiv-, Demokratien niederschlägt. Auch die Logik des Marktes führt in vielen Transformationsländern aufgrund von mangelnder rechtsstaatlicher Kontrolle und Transparenz vielfach zur Restrukturierung von Monopolen oder Oligopolen (vgl. BTI 2003,2006,2008). Und auch von der Befriedung sind die meisten Länder – trotz einer statistischen Abnahme kollektiv kriegerischer Gewalt (z.B. Human Security Report 2005, 2008) weit entfernt.

² Vgl. Siegelberg/Hensell 2006 zu den Forschungslücken der Kriegsforschung und der Notwendigkeit eines gesellschaftstheoretischen Ansatzes.

Der friedensfördernde Zyklus des liberalen Paradigma



Dieser Befund führt für die Bearbeitung der Fragestellung der Gewaltkontrolle auf der Mesoebene zu zwei Herausforderungen: Erstens müssen die zentralen Grundmuster identifiziert werden, auf die die vereinheitlichenden globalen Einflüsse und Tendenzen treffen. Zweitens müssen die Veränderungen dieser Grundmuster systematisiert werden, die durch die Dynamik von Gewalt und Krieg einerseits sowie die von Gewalteinhegung und Kriegsbeendigung andererseits entstehen. Auf dieser Basis können dann die Entwicklungen in Nachkriegsgesellschaften interregional und interkulturell komparativ analysiert werden. Hierzu ist es notwendig neben den Erkenntnissen aus der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung auch die ethnologische und anthropologische Forschung einzubeziehen.³

³ So wie die Sozialwissenschaften vielfach der Makroebene verhaftet sind, hat die anthropologische Konfliktforschung bisher überwiegend die historische und kulturelle Vielfalt auf der Mikroebene in den Blick genommen. Interregionale und interkulturelle Vergleiche sind eher die Ausnahme und nehmen erst in letzter Zeit zu. Vgl. v.a. Eckert 2004, Richards 2005.

2.1. Grundmuster

Trotz der empirisch beobachtbaren Vielfalt, lassen sich grundsätzliche Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen dieser drei Ordnungen zeigen, die eng mit der Frage von Gewalt und Krieg und den Bemühungen um Kriegsbeendigung und Peace-building zusammenhängen.

Die Grundmuster politischer Ordnungen lassen sich entlang der Frage der Organisation und Legitimation des politischen Regimes strukturieren. Setzt man die vom liberalen Paradigma als Ziel formulierte demokratisch legitimierte Regime an das eine Ende einer Skala, so stehen totalitär und autoritäre Regime dem gegenüber. Bei den Legitimationsformen bietet es sich an Max Webers idealtypischer Unterscheidung zwischen traditionaler, charismatischer und Verfahrensmäßiger Legitimation zu folgen, wobei letztere die Grundlage demokratischer Regime darstellt. Traditionelle Herrschaft wird dagegen legitimiert „auf Grund der Heiligkeit altüberkommener („von jeher bestehender“) Ordnungen und Herrengewalten“ (Weber, WuG 1980:130). Damit kommt der Religion bzw. der symbolischen Ordnung eine zentrale Rolle bei der Aufstellung von Regeln ebenso wie bei der Legitimierung von Gewaltanwendung zu. In Phasen des gesellschaftlichen Umbruchs sind dagegen charismatische Formen der Legitimation typisch, die an traditionelle Formen der Legitimität anknüpfen bzw. diese integrieren. Auch Eisenstadt (1979:20ff) verweist darauf, dass sich traditionelle Elemente der kollektiven Organisation und Identität in der politischen Ordnung vielfach lange erhalten. Sozialpsychologen erklären dies damit, dass in Zeiten rapiden Wandels Bekanntes Sicherheit und Halt gibt oder zumindest suggeriert.

Dennoch unterscheiden sich die politischen Regime je nach dem Grad der sozialen Differenzierung einer Gesellschaft. Während in gering differenzierten Gemeinwesen eine Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht weitgehend fehlt, entsteht durch sozialen Wandel hier Veränderungsdruck. Daneben spielt die Frage der dezentralen oder zentralisierten Form der Herrschaftsorganisation auch für die Gewaltkontrolle eine Rolle. Hier hat die aktuelle Debatte um Staatsbildungsprozesse, fragile und gescheiterte Staaten ihren Fokus, wobei sie allerdings – wie andere Debatten auch – überwiegend vom Ziel (dem modernen Staat) her argumentiert und die vielfältigen Ausgangslagen weitgehend außen vor lässt. Es macht aber eben einen nicht unwesentlichen Unterschied, ob der Transformationsprozess in einer Gesellschaft stattfindet, die überwiegend dezentral entlang primärer Sozialisationsbeziehungen wie Familie, Clan oder Ethnie organisiert ist, oder ob er auf einer bereits erfolgten Zentralisierung aufbauen kann. Damit ist nicht unterstellt, dass eine Zentralisierung – wie sie in Europa im Rahmen des Absolutismus erfolgte – eine notwendige Voraussetzung ist (hier wäre die Schweiz ein Gegenbeispiel). Betont werden muss allerdings, dass sowohl die Ergebnisse als auch die Strategien in beiden Fällen sehr unterschiedlich sind bzw. sein müssen.

Die wirtschaftliche Ordnung einer Gesellschaft hängt nicht nur von den Herrschafts- und Machtverhältnissen, sondern auch von der Ressourcenausstattung und dem Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ab. Hier lassen sich Unterschiede konstatieren je nachdem, ob eine Gesellschaft überwiegend von Subsistenzwirtschaft oder aber von der Ausbeutung natürlicher Rohstoffe bzw. deren Verarbeitung lebt, ein zweites systematisches Unterscheidungskriterium ist die konkrete Form der Einbindung in den Weltmarkt, weil sie ein wesentlicher Faktor für die Dynamisierung von sozialem Wandel darstellt.

Die Weltmarktintegration basiert auf einer wachsenden Bedeutung von Produktion für den Export und führt zu grundlegenden Veränderungen der Agrarbesitzstruktur, der Besteuerung und im Transportwesen (vgl. Migdal 1988:56ff). Dies hat weitreichende Folgen für die Gesamtgesellschaft, weil damit Territorien und Grenzen geschaffen werden, die es vorher entweder nicht gab oder die keine große Rolle spielten, die Ökonomie wird externen Erfordernissen angepasst und letztlich wirkt sich dies auch auf die sozialen Beziehungen und die politische Ordnung zurück, die nach und nach einer neuen Logik, der des Marktes unterworfen werden (Clapham 1985:17ff). All dies wirkt sich insbesondere auch auf die Transformation gesellschaftlicher und staatlicher Organisationsstrukturen aus. Drei grundlegende Formen von Export, seiner Organisation und Kontrolle, mit sehr unterschiedlichen Rückwirkungen auf die Gesellschaften und den Transformationsprozess lassen sich unterscheiden (vgl. Kurtenbach 1994:93f): Produktion

- ? im Rahmen traditioneller Agrarproduktion, die zwar direkt an den Grundlagen der Gesellschaft wirkt, dies aber langsam und schrittweise tut.
- ? in Enklaven, die vielfach eine Parallelgesellschaft bilden und unter der Kontrolle entweder lokaler oder externer Eliten steht.
- ? von Renten, die je nach Herrschaftssystem der Bereicherung der Eliten, oder einer Verteilung im Rahmen traditioneller Integrationsmechanismen ermöglichen.

Alle drei Formen weisen unterschiedliche Grade an Außenabhängigkeit und spezifische Dynamiken auf und wirken auf den Bereich der politischen Ordnung in hohem Maße zurück. So entsteht im Falle externer Enklaven ebenso wie in Rentenökonomien für die Eliten ein großer Zwang einen zentralisierten Staatsapparat aufzubauen und diesen zu kontrollieren, weil dies ihre einzige Möglichkeit ist, an der wirtschaftlichen Dynamik teil zu haben. Hängt die Weltmarktintegration dagegen von traditionellen Formen der Agrarproduktion oder lokal kontrollierten Enklaven ab, ist diese Notwendigkeit wesentlich geringer. Dieser Zusammenhang wird in der aktuellen Debatte um die Staatsbildung weitgehend ausgeblendet, obwohl seine Bedeutung eigentlich (beispielsweise beim Vergleich zwischen dem Irak und Afghanistan, bzw. Öl versus Opium) evident sein sollte.

Symbolische Ordnungen sind in hohem Maße abhängig von kulturellen und historischen Faktoren und verändern sich langsamer als politische oder ökonomische Ordnungen. Sie beeinflussen das Normen und Wertesystem einer Gesellschaft maßgeblich und damit auch die Frage der Legitimation und Delegitimation der Anwendung von Gewalt. Gleichzeitig sind sie die Grundlage für die gesellschaftlich vorherrschenden Formen der kollektiven Organisation und sozialen Kohäsion.

Die Frage, was Gesellschaften im Inneren zusammenhält ist viel diskutiert, aber nie abschließend beantwortet worden. Kohäsion ist ein wesentlicher Bestandteil von Prozessen der Vergesellschaftung (verstanden im Sinne Webers als die spezifische Orientierung sozialen Handelns) und hängt eng mit Fragen der gesellschaftlichen Normen- und Wertesysteme, Kosmologien und Symboliken sowie kollektiven Identitäten zusammen. Sie ist kein statischer Zustand, sondern unterliegt historischen Veränderungen und hängt eng mit Prozessen des sozia-

len Wandels zusammen.⁴ Schon deshalb unterscheiden sich die Grundlagen sozialer Kohäsion je nach regionalem, kulturellem oder historischem Kontext. Soziale Kohäsion basiert auf realen oder vermeintlichen Gemeinsamkeiten zwischen Menschen und Gruppen, weshalb sie eng mit Fragen von Identität und Abgrenzung gegenüber anderen zusammenhängt. Findet dieser Prozess innerhalb staatlicher Grenzen statt oder resultiert er in der Gründung eines neuen Staates, so wird von Nationbuilding gesprochen, was über die reine Staatsbildung hinausgeht und praktisch deren gesellschaftliche Verankerung einschließt.⁵

Die soziale Kohäsion von Gesellschaften hängt eng mit deren Legitimation und Repräsentativität zusammen und ist außerdem mit einem gewissen Maß an Konfliktivität behaftet. Zentrale Fragen sind hierbei, welche Referenzpunkte soziale Kohäsionsbestrebungen haben, auf welcher Grundlage sie erfolgen (z.B. territorial, religiös, ethnisch) und wo die Linie der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen oder Gesellschaften verläuft (z.B. quer durch eine Gesellschaft, innerhalb eines Staats zwischen Mehrheit und Minderheit oder zwischen zwei Staaten). Soziale Kohäsion ist kein zu irgendeinem Zeitpunkt abgeschlossener Prozess, sondern muss sich stets erneuern und an sich verändernde Realitäten und Rahmenbedingungen anpassen. So wie sich die Grundlagen der Kohäsion zwischen den entwickelten Industrieländern unterscheiden, nehmen sie auch in den Entwicklungs- und Transformationsgesellschaften unterschiedliche Formen an.

Die im Kontext von sozialer Kohäsion diskutierten Konzepte lassen sich zunächst grob in drei Gruppen unterteilen: Erstens diejenigen, die vor allem im Kontext von stärker traditionell strukturierten Gesellschaften relevant sind wie Ethnizität, Clan oder Religion. Zweitens diejenigen, die für Übergangssituationen typisch sind wie der Nationalismus oder andere säkulare Ideologien und schließlich drittens diejenigen, die für entwickelte Industriegesellschaften diskutiert werden und unter dem Begriff der Bürgergesellschaft (citizenship, ciudadanía) gefasst werden können. Diese Konzepte unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihres Menschenbilds und den Möglichkeiten der Mobilität (zwischen Ordnungen mit starren, unterschiedlich begründeten Hierarchien bis zu solchen mit hochgradig egalitären Strukturen) als auch in ihrer territorialen Reichweite (lokal – regional – national – global).

Die symbolische Ordnung ist der zentrale Referenzpunkt für die Legitimation bzw. Delegitimation von Gewalt. In seiner Studie „Ungerechtigkeit. Der soziale Ursprung von Gehorsam und Widerstand“ zeigt Barrington Moore (1987) eindrucksvoll wie stark die Interpretation des gesellschaftlichen Kontexts und dessen Einschätzung als gerecht oder ungerecht von kulturellen und historischen Faktoren abhängt. Ein Schweizer Bauer, so schreibt er, benötigte im 18. Jahrhundert vier Elemente, um als Revolutionär gegen seine Lebenswelt kämpfen zu können:

1. Zugang zu einer Vorstellung von Ungerechtigkeit, die mit seiner Kultur kompatibel war;
2. die Personifizierung der Ungerechtigkeit;

⁴ In allen Entwürfen zur Analyse gesellschaftlicher Systeme werden in unterschiedlichen Kontexten diese Fragen und deren Veränderungen im Prozess des sozialen Wandels diskutiert vgl. u.a. Weber 1972, Elias 1976, Eisenstadt 1979, Giddens 1996, Bordieu 1998.

⁵ Zu den verschiedenen Dimensionen und Problemlagen von Nationbuilding siehe den Sammelband von Hippler 2004 sowie Hippler 2001.

3. die Unmöglichkeit zu fliehen; und
4. die Möglichkeit aus den bestehenden paternalistischen und klientelistischen Beziehungen auszubrechen.

Idealtypisch zusammenfassend lassen sich auf der Basis der bisherigen Ausführungen folgende Grundmuster gesellschaftlicher Ordnung identifizieren:

Grundmuster der drei Ordnungen

| Grad der sozialen Differenzierung | Politisches Regime | Wirtschaftliche Ordnung | Symbolische Ordnung |
|-----------------------------------|--|---|---|
| gering | hierarchisch, geringe Teilung von politischer und wirtschaftlicher Macht | überwiegend Subsistenz, Surplus kommt den Herrschenden zugute | traditional, basiert auf religiösen, familiären oder ethnischen Identitäten |
| mittel | hybride Regime | partielle oder ungleiche Integration in den Weltmarkt | hybride Formen, die sich zwischen sozialen Gruppen stark unterscheiden (z.B. zwischen Stadt und Land) |
| hoch | horizontale Organisation basierend auf gemeinsamen Interessen | Marktwirtschaft auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage | hochgradig individualistisch und multiple Identitäten |

2.2. Veränderungen durch den Transformationsprozess

Auf die Bedeutung von Prozessen des sozialen Wandels für die Veränderung der drei Ordnungen wurde bereits kurz hingewiesen.⁶ Im Folgenden geht es nun vor allem darum, ausgehend von den Zielvorstellungen des liberalen Paradigmas die zentralen Elemente zu identifizieren, auf denen die Gewaltkontrolle in demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnungen theoretisch beruht. Diese Fragen sind in der Diskussion um Nachkriegsgesellschaften bisher nur ungenügend behandelt worden. Drei Faktoren spielen dabei eine Rolle: Erstens, sozialer Wandel ist kein eindimensionaler Prozess, sondern wird von internen gesellschaftlichen Grundlagen ebenso wie von Einflüssen aus dem internationalen und globalen Umfeld beeinflusst. Zweitens, Veränderungen in den drei Ordnungen verlaufen nicht parallel, sondern mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Dynamiken. Das Nebeneinander und die Ungleichzeitigkeit der Veränderungen können deshalb eine wesentliche Ursache für die Entstehung und Verfestigung hybrider Ordnungen sein. Drittens, sozialer Wandel an und für sich ist ein konfliktiver Prozess, was in Nachkriegsgesellschaften unter Umständen noch problematischer wirkt, als in Gesellschaften ohne Kriegserfahrung.

Für die politische Ordnung kann hier auf die zahlreichen Erkenntnisse der Transformationsforschung zurückgegriffen werden, die zeigen, welche Faktoren ursächlich für den Erfolg oder das Scheitern eines politischen Systemwechsels sind. Auch hier wird der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Ordnungen betont, wenn wirtschaftliche, soziale, kulturelle und

⁶ Zu den Veränderungen der Ordnungen im Prozess des sozialen Wandels siehe Moore 1978, Eisenstadt 1979, 2006, Tilly 1993, 2007, Sen 1999, 2002, Ingelhart/Welzel 2005.

politische Konstellationen identifiziert werden, die einen „Handlungskorridor“ (Merkel/Puhle 1999) definieren, in dem der Übergang vom autoritären zum demokratischen System stattfindet. In der Transition lassen sich analytisch drei Phasen voneinander unterscheiden:

1. die Ablösung des alten Regimes,
2. die Institutionalisierung eines demokratischen Systems und
3. die Konsolidierung der Demokratie.

Auch wenn sich diese Phasen überschneiden, so gibt es doch in jeder Phase spezifische Herausforderungen, Akteure und Risiken, die darüber entscheiden, ob die nächste Phase erreicht wird, oder ob es einen Rückfall ins autoritäre Regime gibt. Merkel und Puhle unterscheiden verschiedene Faktorenbündel, die beim Übergang zur Demokratie eine wichtige Rolle spielen. Da sind zum einen die spezifischen Charakteristika des autoritären Regimes sowie die Existenz oder das Fehlen demokratischer Traditionen, an die angeknüpft werden kann. Neben internen Akteuren (Parteien, Verbände, Medien, Zivilgesellschaft) spielen auch externe Akteure sowie internationale und regionale Konjunkturen bei der Transition eine wichtige Rolle. Kleine, abhängige Länder sind dabei stärkeren Einflüssen ausgesetzt als große Länder; in allen Fällen spielen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle. Auch die spezifischen Modernisierungswege einer Gesellschaft, die Stärke der Zivilgesellschaft und der Wertewandel wirken sich auf die Chancen der Demokratisierung aus. Wie bedeutsam die einzelnen Faktorenbündel in einem konkreten Fall sind, lässt sich nur durch fundierte sozial- und regionalwissenschaftliche Analyse feststellen. Die theoretischen Konzepte stellen das methodische Rüstzeug zur Verfügung, um die relevanten Fragen an die Fallbeispiele zu stellen.

Was bisher in der Debatte nur ansatzweise diskutiert wird, sind die anfänglich als zeitlich begrenzte Problem des Übergangs behandelten Defizite, die eher die Regel als die Ausnahme zu sein scheinen: das Fortbestehen gravierender institutioneller und funktionaler Defizite, die zu sogenannten Adjektiv-Demokratien⁷ begrifflich gefasst werden. Die jeweils festgestellten Defizite deuten aber vor allem auf Symptome und weniger auf die Ursachen der Krise hin.

Die Frage der politischen Ordnung wirkt sich auch auf Veränderungen der gesellschaftlichen Konfliktregulierung und Gewaltkontrolle aus. Samuel Barnes (2001:89) weist zu Recht darauf hin, dass Demokratie ein „institutionalisierter Prozess der Entscheidungsfindung und des gesellschaftlichen Lernens“ ist. Das hat grundlegende Auswirkungen auf die Formen der Gewaltkontrolle. Während autoritäre Regime hier überwiegend auf Repression zurückgreifen, sind demokratische Regime an die Regeln des Rechtsstaats gebunden.⁸

Darüber hinaus sind Veränderungen der Legitimationsbasis im Zuge von Regimewandel von zentraler Bedeutung, weil demokratische Regime durch die Einhaltung bestimmter Verfahren

⁷ Zum Beispiel elektorale Demokratien für politische Systeme, in denen allgemeine, freie und gleiche Wahlen stattfinden, andere Kriterien allerdings nicht oder nur unzureichend verwirklicht sind; defekte Demokratien, die in zentralen Bereichen gemessen an den normativen Demokratievorstellungen Defizite aufweisen; illiberale Demokratien: Demokratien, in denen die Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz nicht vollständig gewährleistet sind. Der Begriff des Hybridregimes verweist dagegen auf das Bestehen von Mischformen zwischen demokratischen und autoritären Regimen. Vgl. die verschiedenen Beiträge in Bendel et.al. 2002

⁸ Zu den mit dem Transformationsprozess verbundenen Problemen im Sicherheitssektor siehe Cawthra/Luckham 2003.

(oder Spielregeln) sowie den Out-put des Regierens legitimiert werden. Von diesen Prozessen und dem damit verbundenen Anpassungsbedarf sind alle gesellschaftlichen Akteure betroffen. Drei miteinander verbundene Prozesse der Veränderung im Transformationsprozess sind im Bereich der wirtschaftlichen Ordnung unter der Perspektive der Gewalt und Gewaltkontrolle von besonderer Bedeutung:

1. Die Veränderung von Entitlements oder „Verwirklichungschancen“ als Grundlage nachhaltiger Entwicklung (vgl. Sen 2002);
2. Die Veränderung unterschiedlicher Kapitalformen im Entwicklungsprozess (vgl. Bourdieu);
3. Die Notwendigkeit der Bereitstellung eines Mindestmaßes an öffentlichen Gütern sei es durch den Staat oder durch andere Akteure für die Allgemeinheit.

Die hiermit zusammenhängenden Veränderungen sind per se konfliktiv, weil sie mit Veränderungen von politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen einhergehen. Dies ist historisch wie aktuell eine zentrale Ursache für bewaffnete Gewaltkonflikte, innerstaatliche wie zwischenstaatliche Kriege gewesen. Erkenntnisse aus dem Umfeld der These vom demokratischen Frieden und der historischen Analyse der Befriedung der westlichen Industriegesellschaften zeigen klar, dass es einen engen Zusammenhang zwischen politischer Demokratisierung, einem Mindestmaß an sozialstaatlicher Integrationspolitik und der innergesellschaftlichen Befriedung gibt. Auch die Debatte um die Auswirkungen und die Kritik an der neoliberalen Globalisierung setzt hier an, wenn die desintegrierenden Tendenzen aufgezeigt werden und Gewalt ein Mittel der neoliberalen „Regulation“ wird.⁹ Die Wechselwirkungen und systematischen Verbindungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Ordnung werden auch deutlich, wenn die Frage der Legitimierung demokratischer Systeme einbezogen wird. Hier spielt bei der out-put Legitimation des Regimes die Frage einer zumindest potentiellen Gleichheit der Bürger eine maßgebliche Rolle, die eng mit Veränderungen der symbolischen Ordnung und dem Aufbrechen traditioneller Hierarchien verbunden ist.

Veränderungen der symbolischen Ordnung zeigen sich besonders in sich verändernden Grundlagen sozialer Kohäsion. So haben sich weltweit im Verlauf des 20. Jahrhunderts die Grundlagen sozialer Kohäsion durch Migration, Verstädterung, demographischen Wandel, wirtschaftliche Entwicklung etc. stark verändert. Der sich beschleunigende soziale Wandel im Kontext der Industrialisierung hat dabei zwar traditionelle Kohäsionsmuster zerstört, aber auch neue geschaffen. In den Bürgergesellschaften beruht die zivilbürgerliche Identität, die im Prinzip für alle offen ist, zum einen auf der formalen Freiheit und Gleichheit aller Individuen, zum anderen auf der Legitimation von Herrschaft durch demokratische Verfahren (und deren zeitliche Begrenzung) sowie zumindest einem Mindestmaß an Gewährleistung grundlegender Dienstleistungen durch Staat und/oder Gesellschaft (Sicherheit, Bildung, Gesundheit, etc.). Dies bedeutet aber nicht, dass es daneben nicht auch noch andere Muster sozialer Kohäsion gäbe. Der Idealtypus ist der demokratischen Rechts- und Sozialstaat wie er sich in der OECD-Welt durchgesetzt hat. Hier sind die Beziehungen zwischen den Menschen auf den unterschiedlichsten Ebenen (Familie, Arbeitswelt, politisches System, Wirtschaft etc.) durch ein breites Spektrum an Regeln auf der Basis von formaler Gleichheit organisiert. Die traditionel-

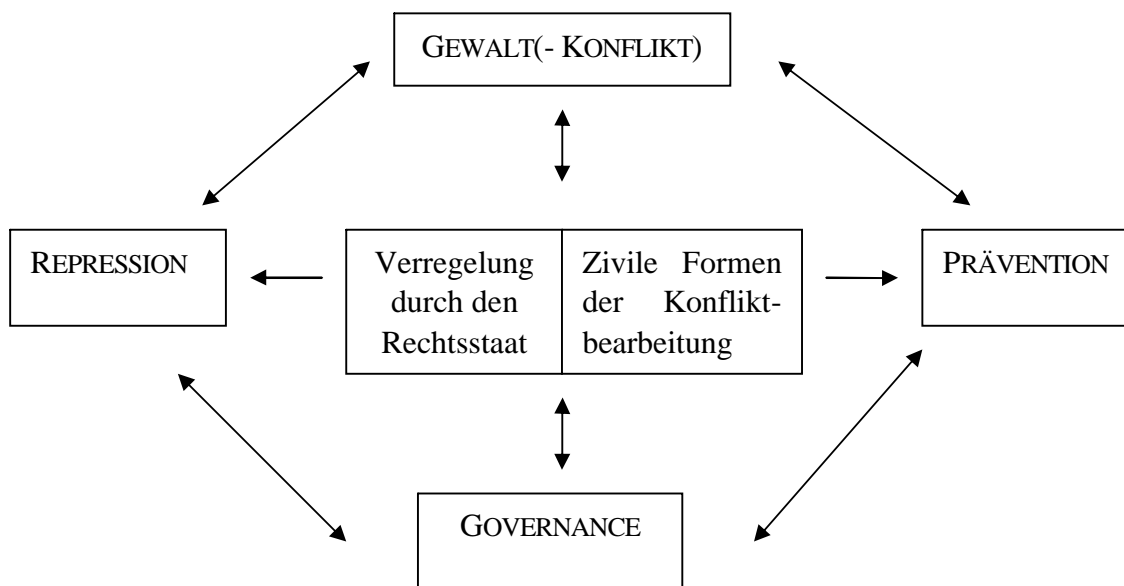
⁹ Zum Begriff der „regulativen Gewalt“ vgl. Lock 2003, zu den desintegrierenden Auswirkungen der Globalisierung u.a. Altvater/Mahnkopf 2002.

len, auf persönlichen Beziehungen und Abhängigkeiten beruhenden, Beziehungsgeflechte verschwinden zwar nicht, treten aber zurück.

Diese Verregelung hat seit Mitte des 20. Jahrhunderts die gesamte Welt umspannt und findet Ausdruck in der universellen Geltung der unterschiedlichen Menschenrechtsverträge und -konventionen sowie anderen Formen internationaler Abkommen und Verpflichtungen. Zur Gewährleistung dieser Rechte und für die gesellschaftliche Integration ist mithin ein Mindestmaß an funktionierender Staatlichkeit notwendig.

Alle drei Prozesse wirken sich grundlegend auf die Frage der Gewaltkontrolle aus, denn der Unterschied zur traditionellen Gewaltkontrolle und Konfliktbearbeitung (siehe hierzu Böge 2004) besteht darin, dass der demokratische Rechtsstaat zumindest theoretisch von der Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz ausgeht.¹⁰ Gewaltkontrolle wird hier zum einen über die Konfliktbearbeitung im Rahmen ziviler Mechanismen in der Zivilgesellschaft bzw. den Mitteln des Rechtsstaats organisiert. Darüber hinaus bestehen Sanktionsmechanismen gegenüber denjenigen, die die geltenden Regeln übertreten. Grafisch lässt sich dies dann folgendermaßen darstellen:

Gewaltkontrolle im demokratischen Rechtsstaat



2.3. Auswirkungen von Krieg und Gewalt

Nachdem nun die Eckpunkte des Spannungsfeldes zwischen globalen und lokalen Ordnungen dargestellt wurden, bleibt zu fragen wie Krieg und Gewalt sowie Kriegsbeendigung und Bemühungen des Peace-buildings hierauf einwirken.

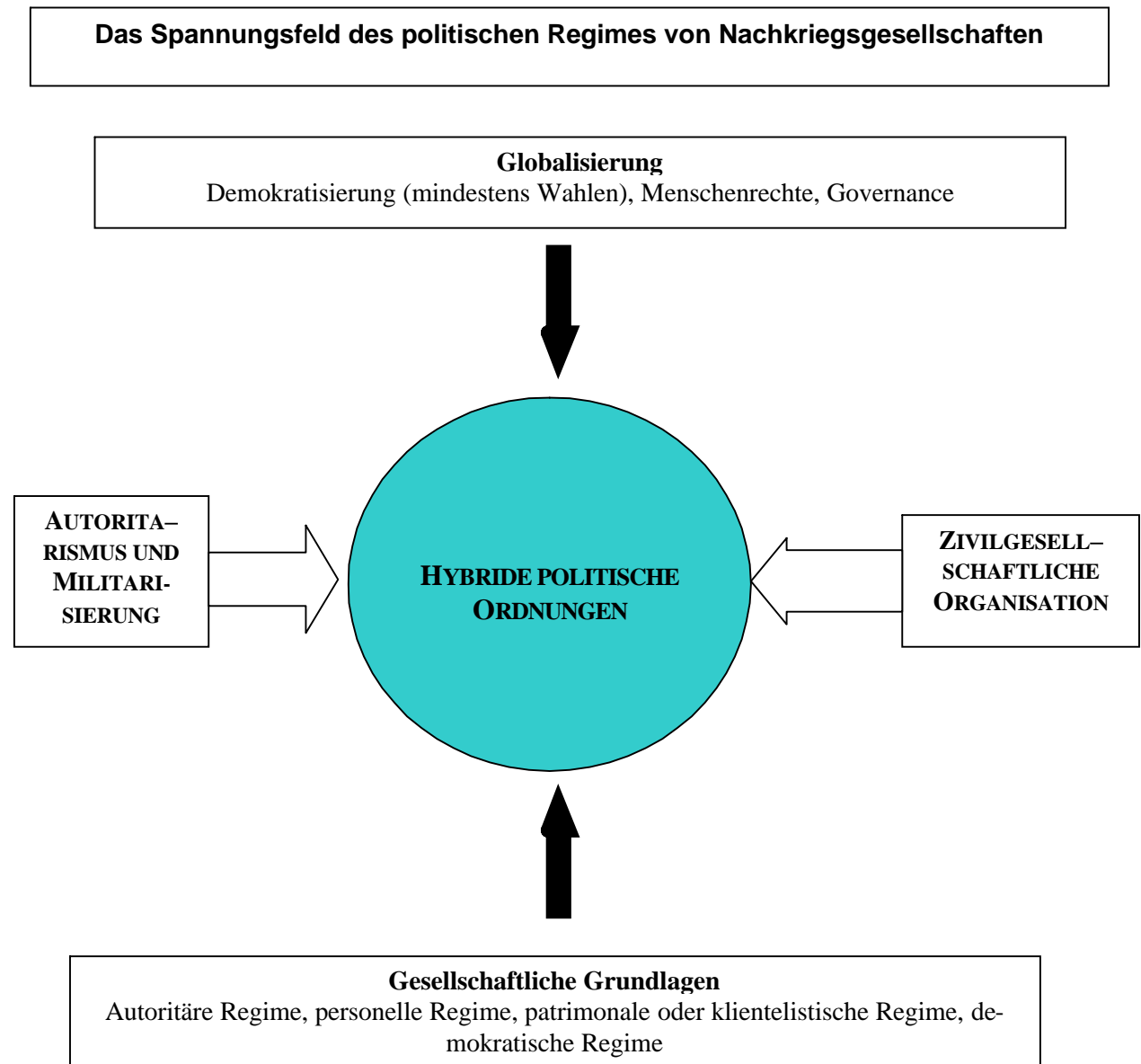
¹⁰ Dass dies auch in OECD-Ländern in der Praxis nicht der Fall ist, zeigt auch die aktuelle Diskussion um die Rechtfertigung von Folter zur „Gefahrenabwehr“ sei es im „Krieg gegen den Terror“ sei es beim Umgang mit Kriminellen wie im Fall Daschner.

Für den Bereich der politischen Ordnung lässt sich feststellen, dass die konkrete Art des politischen Regimes und seiner Legitimation vielfach eine zentrale Kriegsursache war oder ist. Der Widerstand und die Opposition gegen Diktaturen, willkürliche und autoritäre Herrschaft fanden zu allen Zeiten immer wieder auch gewaltförmig statt. In engem Zusammenhang hiermit steht die Frage der Organisation staatlicher Herrschaft, die nicht nur Kriegsursache sein kann, sondern deren Charakteristika, die Dynamik und den Ausgang von Krieg in hohem Maße bestimmen. Während externe Kriege zur Stärkung eines Regimes beitragen können (sei es durch Aneignung von Ressourcen, sei es als Mittel der internen Integration), so sind interne Kriege an und für sich ist bereits ein Indikator für mangelnde Gewaltkontrolle (sowie das Fehlen eines Gewaltmonopols) und damit eine gewisse Schwäche des Staats. Fragile Staaten werden durch internen Krieg weiter geschwächt.¹¹

Krieg hat auch Rückwirkungen auf das politische Regime, führt zur Stärkung vertikaler Hierarchien bis hin zur offenen Militarisierung selbst in konsolidierten Demokratien (wie sich im Zusammenhang mit der Diskussion um die Folgen des 11. September 2001 zeigt). Krieg und Kriegsbeendigung können aber auch zur Veränderung des politischen Regimes führen. Sei es weil die internen oder externen Gegner des bestehenden Regimes siegen, sei es weil ein Regime durch eine Niederlage so geschwächt ist, dass es abtreten muss.¹² Die meisten Nachkriegsgesellschaften sind unwahrscheinliche Kandidaten für eine erfolgreiche Demokratisierung. In der Praxis unterschieden sich die Erfahrungen hier aber – weniger in der Form, die weitgehend auf die Abhaltung regelmäßiger Wahlen beschränkt ist – als in der Substanz. Eine zentrale Frage für den Vergleich unterschiedlicher Entwicklungen in Nachkriegsgesellschaften ist mithin die nach der Substanz und Qualität des Regimewandels. Werden hier bestehende Strukturen lediglich an eine neue Fassade angepasst, oder handelt es sich um grundsätzliche Veränderungen der Organisation politischer und staatlicher Herrschaft. Im Analyserahmen des Spannungsfelds lässt sich das folgendermaßen darstellen.

¹¹ Externe Kriege können offenbar – zumindest auf Seiten der Sieger – einen Beitrag zum Staats- und Nationenbildungsprozess beitragen. Dies ist der Kern der Debatte im Kontext um Tilly's These vom „war making as state making“ (Tilly 1985), die allerdings im Zusammenhang mit den heute dominanten internen Kriegen nicht trägt. Interne Kriege können nur dann zur Stärkung des Staates beitragen, wenn es einen eindeutigen Sieger gibt und sie somit im Sinne von Norbert Elias (1976) einen Ausscheidungskampf konkurrierender Herrschaftsansprüche darstellen. Ist dies nicht der Fall, so bleibt die Fragmentierung und Spaltung, deren Ausdruck ein interner Krieg schon ist, erhalten und wird unter Umständen durch die „normalen“ Kriegsfolgen verschärft.

¹² Für diese Entwicklungen gibt es zahlreiche historische und aktuelle Beispiele von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, über siegreiche Revolutionen, denen ein Krieg vorausging (u.a. Mexiko, Russland, Nicaragua) bis hin zu den Dekolonisierungskriegen in Afrika und Asien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.



Relevante Prozesse, die es im Kontext von Nachkriegsgesellschaften zu analysieren gilt sind die Transformation der bewaffneten Akteure in politische Akteure, die Veränderung oder die Kontinuität von deren sozialer Basis und sozialer Einbindung, sowie die Offenheit von im Rahmen von Friedensabkommen vereinbarten politischen Arrangements für Veränderungen und die Einbeziehung anderer sozialer Akteure. Auch die Frage der Veränderung von Legitimationsformen ist zentral. Bei den direkten Konfliktparteien ist dies offensichtlich, sie sehen sich nach Kriegsende mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Stellung auf eine legitimatorische und soziale Grundlage zu stellen, die nicht mehr aus den Gewehrläufen kommt. Aber auch andere Akteure zum Beispiel der Zivilgesellschaft sind diesem Anpassungsdruck ausgesetzt.

Auch die Frage der wirtschaftlichen Ordnung bzw. der ökonomischen Reproduktion sowie dem Zugang und der Kontrolle von Ressourcen waren und sind vielfach zentrale Kriegsursa-

chen. Im 20. Jahrhundert war die hiermit zusammenhängende Debatte überwiegend auf das Thema von Ungleichheit und Gerechtigkeit fokussiert und in engem Zusammenhang mit der Frage der politischen Ordnung diskutiert. Die Debatte um „Gier“ als zentrales Motiv für bewaffnete Akteure und als Motor der Gewalt hat diese beiden Debatten weitgehend entkoppelt.¹³ Krieg und Gewalt wirken aber auch in hohem Maße auf die ökonomische Ordnung einer Gesellschaft zurück. Vor allem im ländlichen Raum wird dies sichtbar, wenn Menschen im Zuge von „Säuberungen“ (sei es unter ethnischen, sei es unter politischen Vorzeichen) vertrieben und ihr Land unter den Vertreibern aufgeteilt wird. Aber auch der direkte Kampf um ein ressourcenreiches Territorium (Öl, Diamanten, Holz etc.) macht dies deutlich.¹⁴ Auch die klassischen zwischenstaatlichen Kriege der Neuzeit waren zu einem großen Teil Auseinandersetzungen um die Kontrolle von materiellen und menschlichen Ressourcen. Der Unterschied zur Gier heutiger Akteure besteht vor allem darin, dass die staatlichen Akteure für sich in Anspruch nahmen, diese Ressourcen für Staat, Nation und Vaterland zu erobern und nicht zur privaten Bereicherung. Die Realität war auch in diesen Kriegen komplizierter als es die Differenz zwischen alten und sog. neuen Kriegen suggeriert. Unabhängig davon, wem die Ressourcen zugute kommen, vernichten Kriege Ressourcen. Dies gilt sowohl im Bereich der sozialen und ökonomischen Infrastruktur einer Gesellschaft als auch für menschliche Ressourcen und damit verbundene Wissen.¹⁵

Während Regimewechsel mit einer mehr oder minder radikalen Veränderung der Form der politischen Ordnung einhergehen, lassen sich diese Veränderungen bei der ökonomischen Ordnung wesentlich schwieriger analysieren. Die Debatte um die Bedeutung und die Notwendigkeit der Transformation von Kriegsökonomien beginnt gerade erst, ihre Verbindungen zu den legalen, kriminellen und informellen Sphären der globalen Ökonomie sind hierbei ein zentraler Aspekt, die durch sie entstehenden politischen und sozialen Machtstrukturen unter der Perspektive von Peace-building ein ebenso bedeutender.¹⁶ Die Analyse dieser Strukturen und Verbindungen muss in zentrales Thema bei der Beschäftigung mit Nachkriegsgesellschaften sein.

Goodhand (2006) weist darauf hin, dass bewaffnete Gewalt zur Fragmentierung wirtschaftlicher Ordnungen beiträgt. Neben der formalen Ökonomie, in der es bestimmte Verfahren und Regeln gibt, spielt für einen großen Teil der Bevölkerung, mitunter die Mehrheit, die informelle Überlebensökonomie eine zentrale Rolle. Hier sind die Beziehungen überwiegend asymmetrisch und von einer hohen Unsicherheit geprägt. Daneben wächst im Umfeld von Gewaltkonflikten auch die kriminelle Ökonomie, die weit mehr umschließt als nur die direk-

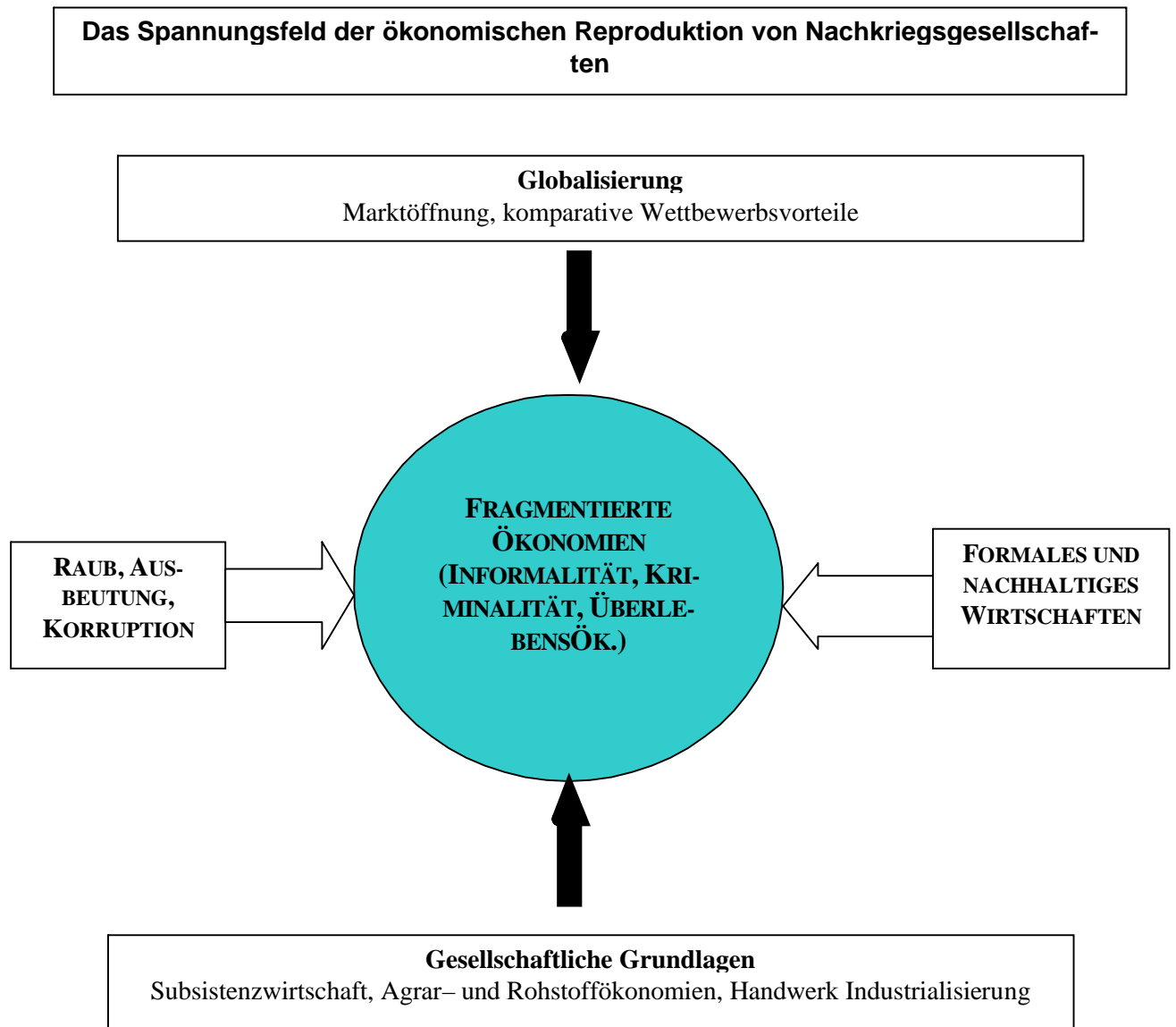
¹³ Vgl. den Überblick bei Ross 2004. Zur Diskussion um die Ökonomie der Kriege Keen 1998, 2000, Jean/Rufin 1999 sowie Collier et al. 2003, Berdal/Malone 2000, zur Kritik Ehrke 2004, zum Problem der Kriegsökonomien in Nachkriegsgesellschaften und deren regionaler Vernetzung Pugh/Cooper 2004.

¹⁴ Es ist deshalb erstaunlich, dass der Agrarsektor bisher in der Debatte um die Entwicklung in Nachkriegsgesellschaften kaum eine Rolle spielt. Erst 2002 begann ein Projekt der Universität der Vereinten Nationen in Tokio sich mit der Rolle der Landwirtschaft für den Frieden zu beschäftigen (vgl. Taeb 2004). Zu verschiedenen Aspekten der Frage der Ressourcennutzung in Nachkriegsgesellschaften s. u.a. den Sammelband von Ballentine/Nitschke 2005.

¹⁵ Zu den wirtschaftlichen Kosten von Kriegen siehe v.a. Lake 1990, Stewart/Valpy 2001 (2 Bde.), Collier 2001.

¹⁶ Vgl. hierzu u.a. Lock 2003, 2004, Naylor 2002.

ten bewaffneten Akteure. Wiederum im Spannungsfeld betrachtet, lässt sich das für die ökonomische Ordnung wie folgt darstellen:



Das Grundproblem für Nachkriegsgesellschaften besteht darin, dass Kriegsökonomien nicht allein auf der Aneignung und Nutzung von kriegsrelevanten Gütern oder Einnahmen bestehen, sondern dass sie gewaltsam politische und soziale Machtstrukturen herausbilden, die überwiegend auf asymmetrischen (personalen, klientelistischen, patrimonialen) Abhängigkeiten beruhen. Diese verschwinden bei Kriegsende nicht von selbst, sondern beeinflussen die politische, soziale und wirtschaftliche Nachkriegsordnung in hohem Maß. Schon aus diesem Grund ist die Zerstörung bzw. die Transformation kriegsökonomischer Strukturen eine wesentliche Voraussetzung für die Demokratisierung jenseits der Abhaltung von Wahlen. Andernfalls entstehen Kontexte, die einer Ausbreitung schattenökonomischer und krimineller

Strukturen dienen und die nicht zur Gewaltreduzierung, sondern nur zum Formwandel der Gewalt beitragen.¹⁷

Die symbolische Ordnung einer sozialen Gruppe oder Gesellschaft, d.h. die Identitäten und Formen von sozialer Kohäsion, hängt ebenfalls eng mit der Verursachung und der Dynamik von Kriegen zusammen. Kriege zerstören die bestehenden Sozialbeziehungen und Netzwerke bzw. verändern die soziale Struktur, produzieren sie Gewinner und Verlierer (vgl. Schlichte 2004). Massenmorde, Zwangsumsiedlung und die permanente Androhung von Gewalt führen zur Traumatisierung ganzer Bevölkerungsteile und schaffen ein Klima der Angst und des Misstrauens, das nicht durch die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zu beenden ist. Gewalt zerstört aber nicht nur, sondern „ordnet“ die betroffenen Gesellschaften auch neu, wobei diese Ordnungen aber in hohem Maße Machtgesteuert und informell sind. Sei es, dass dies im Klima des fehlenden Vertrauens und der Angst in Form der Etablierung oder Erneuerung vertikaler Loyalitätsbeziehungen hinter formaldemokratischen Fassaden geschieht¹⁸, sei es, dass Hilfs- und Solidarnetzwerke im Umfeld von Opfern, Flüchtlingen und in der Diaspora entstehen.

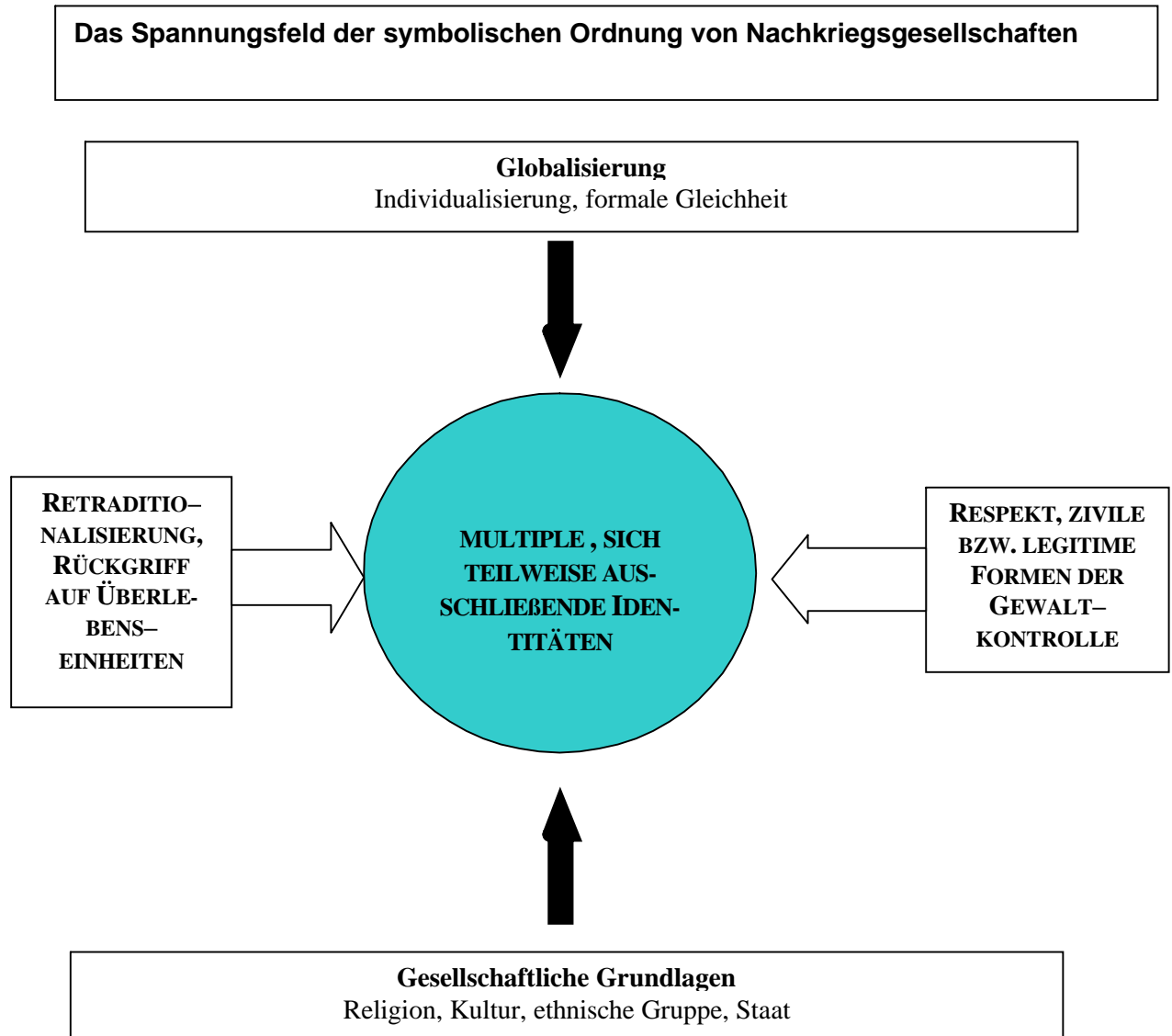
Kriege wirken sich auch indirekt auf die Sozialbeziehungen aus, weil sie die soziale Geographie der Kriegsgesellschaften verändern, was im überproportionalen Wachstum der Städte, vor allem der marginalisierten Viertel manifest wird. Vertreibung und Flucht vor der Gewalt lassen die Bevölkerung in den Städten Schutz suchen, weil viele Gewaltakteure ihre Basis im ländlichen Raum haben. Die Flucht in die Städte überträgt dann die vielfach nach wie vor traditional, entlang primärer Netzwerke von Familie, Klan oder Ethnie, strukturierten Sozialbeziehungen in die Städte, deren strategische Bedeutung im Kontext kriegsökonomischer Strukturen steigt (vgl. hierzu Rufin 1999). Das Funktionieren von kriminellen Netzwerken und Strukturen beruht weitgehend auf der Existenz traditioneller Sozialbeziehungen, in denen Verwandtschaftsbeziehungen durch „Patenschaft“ oder ähnliche klientelistische Mechanismen erweitert werden (vgl. Naylor 2002: 25f). Die Migration in die Städte ermöglicht so in vielen Fällen strukturell die Fortdauer des Kriegs und begünstigt auch in Nachkriegsgesellschaften die Kontinuität und Erneuerung von Gewaltstrukturen.¹⁹ Insofern fördern Krieg und Gewalt diejenigen sozio-kulturelle Faktoren (wie die starke Fragmentierung einer Gesellschaft, geringes Vertrauen, etc.), die eine eher „dunkle“ oder auch unzivile Seite von Zivilgesellschaft und Sozialkapital hervorbringen.²⁰ Schon deshalb zeichnen sich Nachkriegsgesellschaften durch eine Vielfalt unterschiedlicher Formen sozialer Kohäsion aus.

¹⁷ Vgl. hierzu Lock 2003, Naylor 2002, am Beispiel Guatemala Kurtenbach 2006.

¹⁸ Kolumbien ist ein Land, in dem dieser Prozess über die vergangenen Jahrzehnte modellhaft analysiert werden kann, wo Krieg und Gewalt die Ausbildung horizontaler Solidaritäten verhindert und die Integration großer Bevölkerungsteile in vertikale Sozialbeziehungen immer wieder neu gefördert und modernisiert haben (vgl. Kurtenbach 1999). Zu den „Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen“ vgl. den Sammelband von Bakonyi, Hensell und Siegelberg 2006.

¹⁹ Eine hervorragende Studie der dabei zugrunde liegenden Mechanismen am Beispiel Kolumbiens ist Duncan 2005.

²⁰ Vgl. Putzel 1997 sowie am Beispiel der Philippinen 1999; zur Bedeutung von „Intimität“ für Konflikte s. Kalyvas (2006:352ff).



All diese Entwicklungen wirken sich in hohem Maß auf die dreifache Transformation aus, weshalb sie konstitutiver Bestandteil der Analyse von Nachkriegsgesellschaften sein müssen. Für Peace-building ist der Bereich der symbolischen Ordnung außerdem von entscheidender Bedeutung, weil hier die für den Transformationsprozess notwendigen Werte und Normen eine gesellschaftliche Basis erhalten (oder nicht).

Die Globalisierung von Normen und Werten wie sie seit dem 20. Jahrhundert zu beobachten ist, spielt eine wichtige Rolle für die Frage der Gewalt und Gewaltkontrolle. Erstens kann die Idee der Gleichheit aller Menschen Gewalt gegen politische Ordnungen legitimieren, die diskriminierend sind. Zweitens greifen – zumindest theoretisch – bei umfassenden Gewaltkonflikten Mechanismen des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Opfer und zur Verregelung der bewaffneten Aktionen. Die Bindungswirkung dieser Regeln wird in den letzten Jahren auch verstärkt für nicht-staatliche Gewaltakteure diskutiert (vgl. Mair 2004, Oeter 2004). Außerdem wurde mit dem Internationalen Strafgerichtshof eine internationale Sanktionsinstanz

geschaffen, die (bisher überwiegend auf der symbolischen Ebene) zeigt, dass schwere Menschenrechtsverletzungen und verallgemeinerte Gewalt von der internationalen Gemeinschaft nicht (mehr) akzeptiert werden. Dies verhindert bzw. erschwert die Kriegsbeendigung durch sog. Gentlemen's Agreements, die mit einer Amnestie für Verbrechen gegen die Menschlichkeit einhergehen und den Gewaltgestützten Status quo festschreiben.

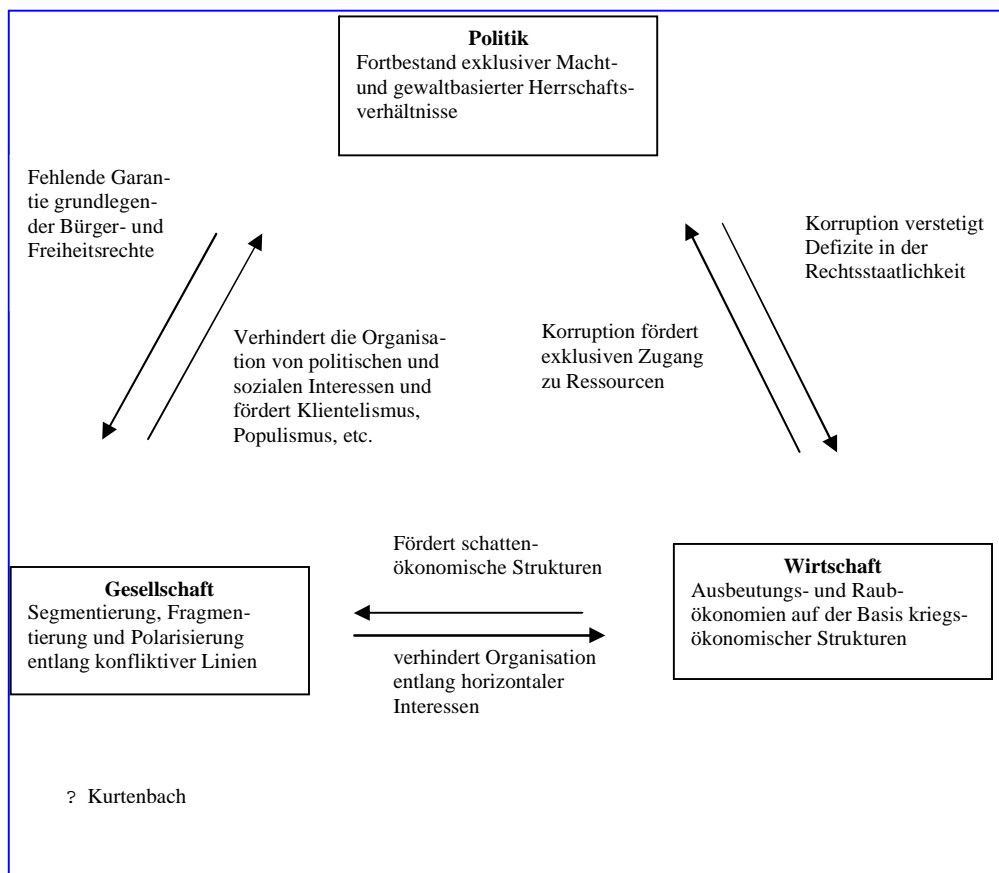
3. Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften

Fokussiert man die Analyse nun auf die Frage der Gewaltkontrolle und damit die Herstellung von öffentlicher Sicherheit, so lassen sich die Zusammenhänge zwischen den drei Prozessen in den Spannungsfeldern wie folgt formulieren:

1. Der Fortbestand kriegsökonomischer Strukturen untergräbt die Demokratisierung des politischen Regimes, weil er vielfach die Basis für die Autonomie von Spoilern ist.
2. Autonome Spoiler untergraben zentrale Mechanismen der Demokratisierung (Rechenschaftspflicht, Transparenz, etc.) sei es durch Korruption, sei es durch den Einsatz von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung.
3. Spoiler verhindern die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Aufarbeitung der Gewalterfahrung aus dem Krieg, was sich negativ auf die Demokratisierung sowie auf die Allgemeinwohlorientierung wirtschaftlicher Ressourcennutzung auswirkt.

Hieraus entsteht ein negativer Zyklus, der sich graphisch wie folgt darstellt:

Negativer Zyklus anhaltender Gewalt in Nachkriegsgesellschaften:



Vor diesem Hintergrund kann Gewaltkontrolle in Nachkriegsgesellschaften auf unterschiedlichen Grundlagen beruhen:

1. Auf der Rekonstruktion traditioneller Ordnungen vor allem in sozial wenig differenzierten Gesellschaften, in denen es nur eine rudimentäre Trennung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht gibt und in denen Krieg und Gewalt die traditionellen Formen sozialer Kohäsion nicht zerstört, sondern rekonstruiert oder neu erschaffen haben. Beispiele hierfür sind die Entwicklungen in Kambodscha und Mosambik, die sich beide durch ein relativ geringes Maß an Gewalt auszeichnen.
2. Auf der Modernisierung des Systems der öffentlichen Sicherheit und der Anpassung des politischen Regimes an die Veränderungen durch Krieg und Gewalt. Der Erfolg im Sinne der Gewaltkontrolle hängt hier von der Einbindung und/oder Marginalisierung potentieller Gewaltakteure ab (sei es von Spoilern, sei es von neuen Gewaltakteuren). Hier ist Nicaragua ein interessantes Beispiel dafür, wie durch einen grundlegenden Systemwandel ein repressiver Sicherheitsapparat zerschlagen und ein neuer aufgebaut werden kann, ohne dass sich aber an den gesellschaftlichen und sozialen Grundordnungen viel ändert. Zu prüfen wäre die Frage, ob die Entwicklungen in Nachkriegseuropa und Japan auch in diese Kategorie gehören.
3. Auf dem grundlegenden Bruch der bestehenden Ordnungen und dem Aufbau einer umfassenden, neuen Ordnung. Hier lassen sich zwei Varianten unterscheiden:
 - a) die Entstehung vollständig neuer Staaten durch Unabhängigkeit wie Ost-Timor, oder Namibia oder Revolutionen, die einen Krieg beenden.
 - b) längere Mandats- oder Protektoratsherrschaft, Haiti und der Balkan sind hier interessante Beispiele.

Allerdings ist auch in diesen beiden Varianten entscheidend, wie sich die Veränderungen mittelfristig traditionellen Entwicklungspfaden annähern, oder aber eine eigene Dynamik gewinnen. So wurde in Haiti die ausufernde Nachkriegsgewalt durch die UN-Mission eingedämmt, es ist aber noch unklar, ob dies auch nach deren Abzug tragfähig ist. Die Brüchigkeit der neuen Ordnung in Ost-Timor – gerade auch unter dem Aspekt der Gewaltkontrolle – ist offensichtlich.

Die Herausforderung besteht hierauf aufbauend darin, diejenigen Mechanismen und Prozesse zu identifizieren, die eine Dynamik zugunsten verregelter Gewaltkontrolle unterstützen.

Literatur

- Bakonyi, Jutta / Stephan Hensell/ Jens Siegelberg (Hg.) 2006: Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Nomos, Baden-Baden
- Ballentine, Karen /Nitzschke, Heiko (eds.) 2005: Profiting from Peace. Managing the Resource Dimension of Civil War. A Project of the International Peace Academy, Boulder, London
- Barnes, Samuel H. 2001: The Contribution of Democracy to Rebuilding Post-conflict Societies, in: American Journal of International Law 95, no. 1 (January), S. 86-101
- Bendel, Petra/ Croissant, Aurel/ Rüb, Friedbert W. (Hg.) 2002: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie empirischer Grauzonen. Opladen
- Berdal, Mats/ Malone, David M. (Hg.) 2000: Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder, Col.; London
- Böge, Volker 2004: Neue Kriege und traditionale Konfliktbearbeitung. INEF Report Heft 74, Duisburg
- Bordieu, Pierre 1998: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt am Main.
- Cawthra, Gavin/ Luckham, Robin (Hg.) 2003: Governing Insecurity. Democratic Control of Military and Security Establishments in transitional Democracies. London, New York.
- Clapham, C. 1985: Third World Politics, Madison.
- Collier, Paul 2001: Economic Causes of Civil Conflict and Their Implications for Policy, in: Chester A. Crocker, Fen Osler Hampson, Pamela Aall (eds.): Turbulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict. United States Institute of Peace Press. Washington D.C. 2001 pp.143-162
- Collier, Paul/ Lani Elliott/ Håvard Hegre/ Anke Hoeffler/ Marta Reynal-Querol/ Nicholas Sambanis, 2003: Breaking the Conflict Trap – Civil War and Development Policy, World Bank, Washington
- Darby, John (ed.) 2006: Violence and Reconstruction. Notre Dame, Ind.
- Darby, John 2001: The Effects of Violence on Peace Processes. United States Institute of Peace Press, Washington D.C.
- Duncan, Gustavo 2005: Del Campo a la Ciudad en Colombia. La Infiltración Urbana de los Señores de la Guerra. Documento CEDE No.2 enero, versión electrónica. Bogotá (<http://economia.uniandes.edu.co/~economia/archivos/temporal/d2005-02.pdf>, Zugriff am 25.4.05)
- Eckert, Julia M. (Hg.) 2004: Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion. Bielefeld.
- Ehrke, Michael 2004: Die Ökonomie innerstaatlicher Kriege – eine Kritik der Weltbankanalysen, in: Kurtenbach, Sabine /Lock, Peter (Hg.) 2004: Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. SEF Eine Welt Band Nr. 17. Bonn S. 102-121
- Eisenstadt, S.N. 1979: Tradition, Wandel und Modernität. Frankfurt am Main
- Elias, Norbert 1976: Über den Prozeß der Zivilisation. 2 Bände. Frankfurt am Main. (Orig. 1937/39)
- Giddens, Anthony 1996: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main
- Goodhand, Jonathan: Aiding Peace? The Role of NGOs in Armed Conflict. Boulder, London, 2006
- Hippler, Jochen (Hg.) 2004: Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung. Stiftung Entwicklung und Frieden Eine Welt Band Nr. 17, Bonn

- Hippler, Jochen 2001: Kultureller Wandel, in Stiftung Entwicklung und Frieden (Hg.) Globale Trends 2002, Frankfurt am Main, S. 136-15.
- Inglehart, Ronald/ Welzel, Christian 2005: Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge, u.a.
- Jean, François/ Rufin, Jean-Christophe 1999 (Hg.) Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg (Original Paris 1996).
- Kalyvas, Stathis 2006: The Logic of Violence in Civil Wars, Cambridge
- Keen, David 1998: The Economic Functions of Violence in Civil Wars. IISS Adelphi Paper Nr. 320, London.
- Keen, David 2000: Incentives and Disincentives for Violence, in: Berdal, Mats/ Malone, David M. (Hg.) 2000: Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars. Boulder, Col.; London S. 19-41.
- Kurtenbach, Sabine 1994: Militarisierung als Problem gesellschaftlicher Entwicklung – ein gesellschaftstheoretisches Erklärungskonzept, in: Michael Brzoska (Hg.): Militarisierungs- und Entwicklungsdynamik. Verlag Deutsches Übersee Institut, Hamburg, S.85-106
- Kurtenbach, Sabine 1999 Kolumbien: Politische Gewaltkultur, der Staat und die Suche nach Frieden, in: Iberoamerikanisches Archiv NF, Jg 25 Heft 3-4, S. 375-396.
- Kurtenbach, Sabine 2006: Guatemala – das Überleben von Gewaltordnungen im Frieden, in: Jutta Bakonyi/ Stephan Hensell/ Jens Siegelberg (Hg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Nomos, Baden-Baden, S. 71-82.
- Lake, Anthony et al. 1990: After the wars: reconstruction in Afghanistan, Indonesia, Central America, Southern Afrika and the Horn of Africa. Overseas Development Council, New Brunswick, N.J.
- Lock, Peter 2003: Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung, in: Ruf, Werner (Hg.) 2003: Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg. Opladen. S. 93-123.
- Lock, Peter 2004: Gewalt als Regulation: Zur Logik der Schattenglobalisierung, in: Kurtenbach, Sabine /Lock, Peter (Hg.) 2004: Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. SEF Eine Welt Band Nr. 17. Bonn, S. 40-61.
- Mair, Stefan 2004: Die Rolle von private military Companies in Gewaltkonflikten, in: Kurtenbach, Sabine /Lock, Peter (Hg.) 2004: Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. SEF Eine Welt Band Nr. 17. Bonn, S. 260-273
- Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen 1999: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen, Wiesbaden.
- Migdal, J.S. 1988: Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State-Capabilities in the Third World. Princeton N.J.
- Moore, Barrington 1987: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt am Main, Suhrkamp (engl. Org. 1978)
- Moore, Barrington: 1978: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp (engl. Org. 1966)
- Naylor, R.T. 2002: Wages of Crime. Black Markets, illegal Finance, and the Underworld Economy. Ithaca, London
- Oeter, Stefan 2004: Entwicklungstendenzen bewaffneter Gewalt und das Völkerrecht, in: Kurtenbach, Sabine /Lock, Peter (Hg.) 2004: Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. SEF Eine Welt Band Nr. 17. Bonn, S. 286-305.

- Paris, Roland 2004: *At War's End. Building Peace after Civil War*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Pierson, Paul 2004: *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*, Princeton, Oxford
- Pugh, Michael/ Neil Cooper 2004: *War Economies in a Regional Context. Challenges for Transformation*. Boulder, London
- Putzel, James 1997: Accounting for the "Dark Side" of Social Capital: Reading Robert Putnam on Democracy, in: *Journal of International Development* Vol. 9 No. 7, S.939-949.
- Richards, Paul (ed.) 2005: *No Peace, no War. An Anthropology of Contemporary Armed Conflicts*. Oxford u.a.
- Ross, Michael L. 2004: How do Natural Resources Influence Civil War? Evidence from Thirteen Cases, in: *International Organizations* Nr. 58, Winter 2004: 35-67.
- Schlichte, Klaus 2004: Krieg und bewaffneter Konflikt als sozialer Raum, in: : Kurtenbach, Sabine /Lock, Peter (Hg.) 2004: *Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. SEF Eine Welt Band Nr. 17. Bonn S.184-199
- Schneckener, Ulrich 2003: *Warum manche den Frieden nicht wollen. Eine Soziologie der „Störenfriede“*. FG 10-Arbeitspapier 1 SWP, Berlin.
- Sen, Amartya 1999: Democracy as a universal Value, in. *Journal of Democracy* Vol. 10, Nr. 3, S. 3-17
- Sen, Amartya 2002: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München (engl. Org.1999)
- Siegelberg, Jens/Hensell, Stephan 2006: *Rebellen, Warlords und Milizen. Kritik der Kriegsforschung und Ansätze zu ihrer Neuorientierung*, in Bakonyi, Jutta / Stephan Hensell/ Jens Siegelberg (Hg.) 2006: *Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den kriegern der Gegenwart*, Nomos, Baden-Baden, S. 9-37.
- Stewart, Frances/ Valpy FitzGerald et al. 2001: *War and Underdevelopment. Volume 1: The Economic and Social Consequences of Conflict*. Queen Elizabeth House Series in Development Studies. Oxford, New York.
- Stewart, Frances/ Valpy FitzGerald et al. 2001: *War and Underdevelopment. Volume 2: Country Experiences*. Queen Elizabeth House Series in Development Studies. Oxford, New York.
- Taeb, M. 2004: *Agriculture for Peace. Promoting Agricultural Development in support of Peace*. UNU-IAS (United Nations University – Institute of Advanced Studies). (www.ias.unu.edu)
- Tilly Charles 1985: State making as organized crime, in: Evans, Peter B./ Dietrich Rueschemeyer, Theda Skocpol (Hg.) 1985: *Bringing the State back in*. Cambridge. S. 212-241.
- Tilly, C. 1993: *Die europäischen Revolutionen*, München
- Tilly, Charles 2007: *Democracy*, Cambridge u.a.
- Walter, Barbara 2002: *Comitting to Peace. The Successful Settlement of Civil Wars*. Princeton, Oxford. Princeton University Press
- Walter, Barbara F. 1999: Designing Transitions from Civil War, in: Walter/Snyder 1999, S. 38-69
- Weber, Max 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, hier 1980, Stuttgart (zit. als WuG 1980)